

Über britischen Kolonialismus, Antisemitismus und die Rechte der Palästinenser

Avi Shlaim, middleeasteye.net, 01.03.21

Großbritannien stand immer fest zu Israel, von der „Erbsünde“ von 1917 bis zur jüngsten Annahme der umstrittenen IHRA-Antisemitismus-Definition durch die Regierung.

Im Dezember 2016 übernahm die damalige konservative Regierung der britischen Premierministerin Theresa May formell die Arbeitsdefinition für Antisemitismus von der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA), als erste Regierung der Welt. Es war ein weiterer Meilenstein in der 100-jährigen Geschichte der britischen Unterstützung für den Zionismus und der kaltschnäuzigen Missachtung der palästinensischen Rechte.

Der Verrat Großbritanniens führte zum großen palästinensischen Aufstand von 1936-39. Es war ein nationaler Aufstand, der die arabische Unabhängigkeit, ein Ende der Politik der unbegrenzten jüdischen Einwanderung und Landkaufs forderte. Der Aufstand wurde von der britischen Armee und Polizei mit äußerster Rücksichtslosigkeit und Brutalität niedergeschlagen. Großbritannien griff auf die gesamte Palette kolonialer Maßnahmen zurück, darunter Kriegsrecht, Militärgerichte, Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren, Prügelstrafen, Auspeitschung, Folter, außergerichtliche Tötungen, kollektive Bestrafung und Luftangriffe. Fast 20.000 Palästinenser wurden während des Aufstandes getötet oder verwundet, und Dörfer wurden in Schutt und Asche gelegt.

Die „Erbsünde“ war die Balfour-Deklaration von 1917, die die Errichtung einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk“ zu unterstützen versprach, vorausgesetzt, dass nichts getan würde, was „die bürgerlichen und religiösen Rechte der vorhandenen nicht-jüdischen Gemeinschaften in Palästina beeinträchtigt“.

Im Jahr 1917 machte die arabische Bevölkerung 90 Prozent der Gesamtbevölkerung Palästinas aus; Juden machten weniger als 10 Prozent aus.

Die Erklärung war also ein klassisches koloniales Dokument: Sie gewährte einer kleinen Minderheit das Recht auf nationale Selbstbestimmung, während sie es der Mehrheit verweigerte. Um dem Ganzen noch die Krone aufzusetzen, bezeichnete die Erklärung 90 Prozent der Einwohner des Landes als „nicht-jüdische Gemeinschaften in Palästina“ und verwies sie damit auf einen untergeordneten Status. Obwohl grotesk unausgewogen zugunsten der Juden, enthielt die Erklärung zumindest das Versprechen, die bürgerlichen und religiösen Rechte der PalästinenserInnen zu schützen, doch selbst dieses Versprechen wurde nie eingehalten.

Das britische Mandat für Palästina dauerte von 1920 bis Mitternacht des 14. Mai 1948, dem Tag, an dem der Staat Israel ausgerufen wurde. Der erste Hochkommissar für Palästina, Herbert Samuel, war Jude und ein glühender Zionist. Die Parteilichkeit für Juden war vom ersten Tag an offensichtlich; der Grundpfeiler des

Mandats war es, repräsentative Institutionen zu verweigern, solange die Araber die Mehrheit in Palästina stellten.

Am Ende übererfüllte Großbritannien sein Versprechen an die Zionisten, indem es der „nationalen Heimstätte“ half, sich zu einem jüdischen Staat zu entwickeln, während es sein Versprechen an die PalästinenserInnen verriet. Der Verrat Großbritanniens führte zum großen palästinensischen Aufstand⁽¹⁾ von 1936-39. Dies war ein nationaler Aufstand, der die arabische Unabhängigkeit und ein Ende der Politik der unbegrenzten jüdischen Einwanderung und des Landkaufs forderte.

Großbritannien gab seinem Günstling, König Abdullah von Transjordanien, grünes Licht, seine von den Briten geführte kleine Armee nach Ablauf des britischen Mandats nach Palästina zu schicken, um die Westbank zu erobern, die als Kernland des palästinensischen Staates vorgesehen war. Als Jordanien die Westbank 1950 formell annektierte, waren Großbritannien und Pakistan die einzigen UN-Mitglieder, die dies anerkannten.

Der Aufstand wurde von der britischen Armee und Polizei mit äußerster Rücksichtslosigkeit und Brutalität niedergeschlagen. Großbritannien griff auf die gesamte Palette kolonialer Maßnahmen zurück, darunter Kriegsrecht, Militärgerichte, Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren, Prügelstrafen, Auspeitschung, Folter, außergerichtliche Tötungen, kollektive Bestrafung und Luftangriffe. Fast 20.000 Palästinenser wurden während des Aufstandes getötet oder verwundet, und Dörfer wurden in Schutt und Asche gelegt.

Mit der Niederschlagung des Aufstandes brach Großbritannien das Rückgrat der palästinensischen Nationalbewegung. Das britische Vorgehen schwächte die Palästinenser ernsthaft und stärkte die Zionisten, während sich die beiden nationalen Bewegungen unaufhaltsam auf einen endgültigen Showdown zubewegten.

Palästina wurde nicht in den späten 1940er Jahren verloren, wie allgemein angenommen wird, sondern bereits in den späten 1930er Jahren, als Ergebnis von Großbritanniens brutaler Zerschlagung des palästinensischen Widerstands und der Unterstützung der jüdischen paramilitärischen Kräfte.

Antiarabischer Rassismus

Großbritanniens gesamter Umgang mit dem *Mandat für Palästina* war stets von einem unterschwelligem antiarabischen Rassismus geprägt. 1937 sagte der zukünftige britische Premierminister Winston Churchill: „Ich bin nicht damit einverstanden, dass der Hund in der Futterkrippe das endgültige Recht auf die Futterkrippe hat, auch wenn er vielleicht sehr lange dort gelegen hat. Ich erkenne dieses Recht nicht an“. „Ich gestehe zum Beispiel nicht ein, dass den Indianern in Amerika, oder den Schwarzen in Australien großes Unrecht angetan worden ist. Ich gestehe nicht ein, dass diesen Menschen dadurch Unrecht angetan wurde, dass eine stärkere Rasse, eine höherwertige Rasse, eine weltgewandtere Rasse ... gekommen ist und ihren Platz eingenommen hat.“

Ein Demonstrant von *Black Lives Matter* hatte Recht, als er im Juni 2020 die Worte „was a racist“ [war ein Rassist] an einer Churchill-Statue auf dem *Parliament Square* in London ergänzte. Churchill verachtete die Araber als rassistisch minderwertig. Seine Beschreibung der palästinensischen Araber als „Hund in der Futter-

krippe“ ist schockierend, aber nicht überraschend. Rassismus geht normalerweise Hand in Hand mit Kolonialismus. Als sich das britische *Mandat für Palästina* seinem unrühmlichen Ende näherte, blieb Großbritannien seiner antipalästinensischen Haltung treu. Als die Vereinten Nationen im November 1947 für die Teilung Palästinas in zwei Staaten stimmten, nahm Großbritannien offizielle eine neutrale Haltung ein. Hinter den Kulissen arbeitete es jedoch daran, die Geburt eines palästinensischen Staates zu verhindern. Der [von den Briten eingesetzte] Führer der palästinensischen Nationalbewegung, Haj Amin al-Husseini, zerstritt sich mit Großbritannien wegen dessen pro-zionistischer Politik in Palästina und nahm während des Zweiten Weltkriegs Kontakt zu Adolf Hitler auf. In den Augen Großbritanniens, war ein palästinensischer Staat gleichbedeutend mit einem Mufti-Staat; dementsprechend war Großbritanniens Feindseligkeit gegenüber Palästinensern und palästinensischer Staatlichkeit ein konstanter Faktor in seiner Außenpolitik von 1947-49.

Von der Landkarte gelöscht

Um einen Konsens über das Dokument innerhalb der IHRA zu erreichen, war es notwendig, die Aussage von den nachfolgenden illustrativen Beispielen zu trennen. Pro-Israel-Lobbyisten haben jedoch wiederholt den falschen Eindruck erweckt, dass die Beispiele ein integraler Bestandteil der Definition sind. Sie lassen auch gewöhnlich die Zusatzangabe weg, dass dies nur ein Entwurf ist - eine „Arbeitsdefinition“.

Nach Ablauf des britischen Mandats gab Großbritannien seinem Günstling, König Abdullah von Transjordanien, grünes Licht, seine von den Briten geführte kleine Armee nach Palästina zu schicken, um die Westbank zu erobern, die als Kernland des palästinensischen Staates vorgesehen war. Die Gewinner im Krieg um Palästina waren König Abdullah und die zionistische Bewegung; die Verlierer waren die Palästinenser. Etwa 750.000 Palästinenser(2), mehr als die Hälfte der Bevölkerung, wurden zu Flüchtlingen, und der Name Palästina wurde von der Landkarte getilgt.

Großbritannien spielte also eine wenig bekannte, jedoch wichtige Rolle in der *Nakba*, der Katastrophe, die 1948 über die PalästinenserInnen hereinbrach. Als Jordanien die Westbank 1950 formell annektierte, waren Großbritannien und Pakistan die einzigen UN-Mitglieder, die dies anerkannten.

Vor dem Hintergrund der *Black Lives Matter* Bewegung, der Neubewertung der kolonialen Vergangenheit Großbritanniens und dem Bestreben, die Lehrpläne zu dekolonisieren, sind einige Wissenschaftler zur Verteidigung des britischen Empire herbeigeeilt. So verteidigt zum Beispiel der Regius-Professor für Theologie an der Universität Oxford, Nigel Biggar, das britische Empire als moralische Kraft des Guten.

Auf Cecil Rhodes und die Kampagne zur Entfernung seiner Statue vom Oriel College verweisend, räumte Biggar ein, dass Rhodes ein Imperialist war, „aber der britische Kolonialismus war im Wesenskern nicht rassistisch, ausbeuterisch und grausam“. Die Bilanz des Britischen Empires in Palästina ist allerdings nur schwer mit der wohlwollenden Sichtweise des gelehrten Professors in Einklang zu bringen.

Schändliches Erbe

Die Konservative Partei und ihre Führer sind die Fahnenträger dieses beschämenden Erbes der uneingeschränkten britischen Unterstützung für Israel und der Gleichgültigkeit gegenüber den Rechten der Palästinenser.

Conservative Friends of Israel (CFI) ist die bei weitem mächtigste Pro-Israel-Lobbygruppe in Großbritannien, rund 80 Prozent der Tory-Abgeordneten sind Mitglieder. Seit der Parlamentswahl im Mai 2015 hat CFI 24 Delegationen mit mehr als 180 Parteimitgliedern nach Israel geschickt. Die drei letzten Führer der Konservativen Partei waren alle unkritische Unterstützer des Staates Israel. Der ehemalige Premierminister David Cameron bezeichnete sich selbst als „leidenschaftlichen Freund“ Israels und bestand darauf, dass nichts diese Freundschaft brechen könne.

Theresa May war während ihrer Amtszeit vermutlich die israelfreundlichste Regierungschefin, in Europa. In einer Rede vor dem CFI im Jahr 2016 beschrieb sie Israel als ein „bemerkenwertes Land ... eine blühende Demokratie, ein Glanzlicht der Toleranz, ein Motor des Unternehmertums und ein Beispiel für den Rest der Welt“. Sie sprach von Israel als einem „Land, in dem Menschen aller Religionen und Sexualitäten frei und gleich vor dem Gesetz sind“.

Ihre schärfste Kritik behielt sich May für die Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS) vor, die sich dafür einsetzt, die internationale Unterstützung für Israels Unterdrückung der PalästinenserInnen zu beenden und Israel unter Druck zu setzen, damit es das Völkerrecht einzuhält. BDS ist eine gewaltfreie, globale Graswurzelkampagne, deren Hauptforderungen - das Rückkehrrecht der Flüchtlinge von 1948, ein Ende der Besatzung und gleiche Rechte für Israels palästinensische Bürger - im internationalen Recht verankert sind. Diese Bewegung, so May, „ist falsch, sie ist inakzeptabel, und diese Partei und diese Regierung werden keinen Umgang mit denjenigen haben, die sich ihr anschließen“.

May erinnerte ihre Zuhörer daran, dass Großbritannien in eine „besondere Zeit“ eintrete, nämlich den hundertsten Jahrestag der Balfour-Erklärung, und fuhr fort, ein völlig einseitiges Fazit über dieses koloniale Dokument zu ziehen: „Es ist einer der wichtigsten Briefe der Geschichte. Er belegt die entscheidende Rolle Großbritanniens bei der Schaffung eines Heimatlandes für das jüdische Volk. Und es ist ein Jubiläum, das wir mit Stolz begehen werden.“ Das Versagen Großbritanniens, auch nur die minimalsten Rechte der PalästinenserInnen aufrechtzuerhalten war ihr keine Erwähnung wert.

Nationale Rechte

Premierminister Boris Johnson hat eine etwas differenziertere Sicht auf Großbritanniens Geschichte als Kolonialmacht in Palästina. In seinem 2014 erschienenen Buch über Churchill beschrieb er die Balfour-Erklärung als „bizarr“, „tragisch unschlüssig“ und ein „exquisites Stück *Fudgerama* des Außenministeriums“. Dies war eines der seltenen Beispiele an gesundem Urteilsvermögen und historischer Einsicht von Johnsons Seite aus. Doch im Jahr 2015, auf einer Reise nach Israel als er Londons Bürgermeister war, lobte Johnson die Balfour-Erklärung als „eine großartige Sache“.

Im Oktober 2017 leitete Johnson als Außenminister eine Debatte über die Balfour-Erklärung im Unterhaus ein. Er wiederholte das Mantra über Großbritanniens Stolz auf die Rolle, die es bei der Schaffung eines

jüdischen Staates in Palästina gespielt hatte. Er hatte die perfekte Gelegenheit, dies mit einer Anerkennung Palästinas als Staat zu kombinieren, aber er lehnte dies wiederholt ab und sagte, die Zeit sei nicht reif dafür. Da die Konservative Partei eine Zwei-Staaten-Lösung unterstützt, wäre die Anerkennung Palästinas ein logischer Schritt in diese Richtung.

Arthur Balfour, der Außenminister im Jahr 1917, verpflichtete sich, die bürgerlichen und religiösen Rechte der einheimischen Bevölkerung Palästinas zu wahren. Ein Jahrhundert später ergänzte das Unterhaus dies durch nationale Rechte und stimmte im Oktober 2014 - mit 274 zu 12 Stimmen - für die Anerkennung eines palästinensischen Staates. Cameron entschied sich, die nicht bindende Abstimmung zu ignorieren. Zumindest war er konsequent in seiner leidenschaftlichen Verbundenheit mit Israel, was mehr ist, als man von seinem Nachfolger sagen kann. Wie bei Johnsons Herangehensweise an jedes Thema, überwiegt auch bei seiner Haltung gegenüber den Rechten der PalästinenserInnen die Zweckmäßigkeit.

Viele linke Israelis betrachten Israel als rassistisches Unterfangen. Die hoch angesehene israelische Menschenrechtsorganisation *B'Tselem*, veröffentlichte im Januar ein scharf formuliertes Positionspapier mit dem Titel „Ein Regime der jüdischen Vorherrschaft vom Jordan bis zum Mittelmeer: Das ist Apartheid.“

Die britische Palästina-Politik, verbindet von Balfour bis Boris ein ununterbrochener Pfad an moralischer Kurzsichtigkeit, Heuchelei, Doppelmoral und Hinterhältigkeit. Die Verabschiedung der rechtlich nicht bindenden Arbeitsdefinition der IHRA für Antisemitismus durch die konservative Regierung 2016 fällt genau in diese Tradition der Parteinahme für den Zionismus und Israel, sowie der Verachtung für die PalästinenserInnen.

Die Definition besagt: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegen Juden äußern kann. Rhetorische und physische Manifestationen von Antisemitismus richten sich gegen jüdische oder nicht-jüdische Personen und/oder deren Eigentum, gegen jüdische Gemeindeeinrichtungen und religiöse Einrichtungen(3).“

Problematische Beispiele

Namentlich wird Israel in der Definition nicht erwähnt, aber nicht weniger als sieben der 11 „illustrativen Beispiele“, die folgen, betreffen Israel. Unter ihnen sind „dem jüdischen Volk sein Recht auf Selbstbestimmung abzusprechen, z.B. durch die Behauptung, dass die Existenz eines Staates Israel ein rassistisches Unterfangen sei“, „mit zweierlei Maß zu messen, indem man von ihm ein Verhalten verlangt, das von keiner anderen demokratischen Nation erwartet oder gefordert wird“, „Vergleiche der gegenwärtigen israelischen Politik mit der der Nazis zu ziehen“; und „Juden kollektiv für die Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen“.

Die 11 Beispiele machen eine Reihe von ungerechtfertigten Annahmen über Israel und das Weltjudentum. Sie gehen davon aus, dass alle Israelis an der Vorstellung von Israel als einem jüdischen Staat festhalten,

dass Israel eine „demokratische Nation“ ist, dass Israel kein rassistisches Unterfangen ist und, dass alle Juden den Vergleich zwischen der israelischen Politik und der der Nazis verurteilen.

Tatsächlich ist Israel eine sehr heterogene und tief gespaltene Gesellschaft mit einem breiten Meinungsspektrum zu all diesen Themen und einer politischen Kultur, die von heftigen Auseinandersetzungen und schonungslosen Debatten geprägt ist. Viele linke Israelis betrachten Israel als rassistisches Unterfangen. Die hoch angesehene israelische Menschenrechtsorganisation *B'Tselem*, veröffentlichte im Januar ein scharf formuliertes Positionspapier mit dem Titel „Ein Regime der jüdischen Vorherrschaft vom Jordan bis zum Mittelmeer: Das ist Apartheid.“ Es erklärte: „Das gesamte Gebiet, das Israel zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer kontrolliert, wird von einem einzigen Regime regiert, das daran arbeitet, die Vorherrschaft einer Gruppe über eine andere voranzutreiben und aufrecht zu erhalten. Indem das Regime den Raum geographisch, demographisch und physisch aufteilt, ermöglicht es den Juden, in einem zusammenhängenden Gebiet mit vollen Rechten, einschließlich Selbstbestimmung, zu leben, während die PalästinenserInnen in getrennten Einheiten leben und weniger Rechte genießen.“(4)

Antisemitismus ist gegen Juden überall auf der Welt gerichtet; Antizionismus bezieht sich nur auf Israel. Rechtsgerichtete Israelis leugnen weiterhin energisch, dass Israel ein Apartheidstaat ist und weisen jeden Vergleich mit dem Apartheidstaat Südafrika zurück. Aber es gibt kein Gesetz, das es verbietet, Israel einen Apartheidstaat zu nennen, und progressive Israelis tun das ständig. Auch Vergleiche mit Nazi-Deutschland sind nach israelischem Recht nicht verboten. Solche Vergleiche sind im israelischen politischen Diskurs weniger üblich, werden aber gelegentlich in Zeitungsleitartikeln und sogar von Politikern geäußert.

Der Teufel steckt im Detail

Die weltweite jüdische Gemeinschaft ist ebenso vielfältig und Streitbar. Ironischerweise ist die Betrachtung von Juden als homogene Gruppe tatsächlich eine antisemitische Metapher. Antisemiten können nicht zwischen verschiedenen Gruppen von Juden unterscheiden und sie wollen alle an einem Ort versammelt sehen. Auf dieser Grundlage hat Theodor Herzl, der Visionär des jüdischen Staates, vorausgesagt, dass „die Antisemiten unsere zuverlässigsten Freunde werden“.

Der Teufel steckt im Detail oder, im Fall des IHRA-Dokuments, in den Beispielen. Streng genommen gibt es zwei Definitionen: die beiden oben zitierten Eröffnungssätze und die Liste der 11 Beispiele. Dieser Aspekt kann nicht stark genug betont werden. Es handelt sich um zwei Texte.

Um einen Konsens über das Dokument innerhalb der IHRA zu erreichen, war es notwendig, die Aussage von den nachfolgenden illustrativen Beispielen zu trennen. Pro-Israel-Lobbyisten erweckten jedoch wiederholt den falschen Eindruck, dass die Beispiele ein integraler Bestandteil der Definition sind. Sie lassen auch gewöhnlich die Zusatzangabe weg, dass dies nur ein Entwurf ist, eine „Arbeitsdefinition“. Wie zahllose Kommentatoren, Juristen und Antisemitismusforscher festgestellt haben, ist die IHRA-Arbeitsdefinition schlecht formuliert, intern inkohärent, heillos vage, anfällig für politischen Missbrauch und insgesamt nicht zweckdienlich. Sie erfüllt nicht die elementarste Anforderung an eine Definition, nämlich zu definieren.

Der Hauptautor der Definition, Kenneth Stern, hat ihre Annahme als Richtlinie für Hassreden auf dem

Hochschulgelände mit dem Argument abgelehnt, dass sie „nicht nur pro-palästinensischen Befürwortern, sondern auch jüdischen Studenten und Lehrkräften sowie der Wissenschaft selbst schaden wird“.

Antisemitismus versus Antizionismus

Was das rechtlich nicht bindende IHRA-Dokument mit Hilfe der Beispiele tut, ist, den Fokus vom echten Antisemitismus auf das durchaus respektable und wachsende Phänomen des Antizionismus zu verschieben. Antizionismus wird von pro-israelischen Interessenvertretern manchmal als „der neue Antisemitismus“ bezeichnet. Es ist jedoch wichtig, klar zwischen beiden zu unterscheiden.

Antisemitismus kann einfach definiert werden als „Feindseligkeit gegenüber Juden, weil sie Juden sind“. Der Zionismus hingegen ist eine nationalistische, politische Ideologie, die die Schaffung eines jüdischen Staates anstrebt und jetzt die weitere Existenz Israels als einen solchen Staat unterstützt. Der Antizionismus ist die Ablehnung des exklusiven Charakters des Staates Israel und der israelischen Politik, insbesondere der Besatzung der Westbank. Antisemitismus ist gegen Juden überall auf der Welt gerichtet, während Antizionismus sich nur auf Israel bezieht.

Das IHRA-Dokument ist in seiner Gesamtheit anfällig für politischen Missbrauch, da es die Möglichkeit bietet, legitimen Antizionismus mit niederträchtigen Antisemitismus in einen Topf zu werfen. Israels eifrige Fürsprecher, die maßgeblich an der Förderung des Dokuments beteiligt waren, vermischen die beiden absichtlich und routinemäßig.

Die Definition wegen ihrer Unbestimmtheit zu kritisieren, bedeutet also, einen zentralen Punkt zu verfehlen. In diesem Bestreben verschafft gerade die Unbestimmtheit der Definition einen politischen Vorteil. Sie ermöglicht es den Verteidigern Israels, die Definition als Waffe einzusetzen, besonders gegen linke Gegner, und das, was in den meisten Fällen berechtigte Kritik am israelischen Verhalten ist, als Verunglimpfung und Delegitimierung des Staates Israel darzustellen.

Doppelte Standards

Israel ist nicht das Opfer doppelter Standards. Im Gegenteil ist Israel Nutznießerin westlicher Doppelmoral. Nach den Beispielen der IHRA ist es antisemitisch, von Israel ein Verhalten zu verlangen, „das von keiner anderen demokratischen Nation erwartet oder verlangt wird“. Das hat aber nichts mit antijüdischem Rassismus zu tun.

Jedenfalls ist Israel keine Demokratie. Selbst innerhalb seiner international anerkannten Grenzen ist es bestenfalls eine mangelhafte Demokratie, weil es seine palästinensischen BürgerInnen auf mehreren Ebenen diskriminiert. Aber in dem gesamten Gebiet unter seiner Herrschaft, einschließlich der besetzten palästinensischen Gebiete, ist Israel eine Ethnokratie - ein politisches System, in dem eine ethnische Gruppe eine andere dominiert.

Der überlegene Status der Juden in Israel ist im Nationalstaatsgesetz 2018 verankert, der offiziellen Bestätigung, dass Israel ein Apartheidstaat ist. Es etabliert Hebräisch als Israels offizielle Sprache und degradiert Arabisch, das von arabischen Bürgern Israels häufig gesprochen wird - zu einem „Sonderstatus“.

Israel ist das einzige Mitglied der UNO, das seinen Rassismus im Gesetz verankert. Es ist nicht antisemitisch,

sondern nur richtig und angemessen, von Israel zu erwarten, dass es sich wie eine demokratische Nation verhält, indem es allen seinen Bürgern die gleichen Rechte zugesteht.

Israels Freunde in den USA und Europa haben für die Definition einen internationalen Status beansprucht, den sie nicht hat. Sie haben sich mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass die Definition von so vielen Regierungen wie möglich übernommen wird, weil sie dazu benutzt werden kann, Kritiker Israels und pro-palästinensische Aktivisten einzuschüchtern, indem man sie mit dem Makel des Antisemitismus belegt. In Großbritannien sind die Spitzen der Konservativen Partei dem Ruf der Israel-Lobby gefolgt. Tatsächlich scheint das IHRA-Dokument in der Konservativen Partei insgesamt den Status einer heiligen Schrift erlangt zu haben.

Die Labour-Partei hat zu spüren bekommen, welche spaltenden und schädlichen Folgen die Verabschiedung dieses Dokuments hatte. Zunächst übernahm der Verhaltenskodex der Partei fünf der IHRA-Beispiele wortwörtlich und zwei weitere mit kleinen Änderungen.

In der orwellschen Welt der Labour-Partei, waren viele der Mitglieder, die wegen des Vorwurfes des Antisemitismus suspendiert oder ausgeschlossen wurden, selbst Juden.

Unter dem neuen Regime ist die Labour-Partei sklavisch unterwürfig gegenüber der finsternen Definition.

Dies stellte die Israelfreunde in und außerhalb der Partei jedoch nicht zufrieden. Die Partei wurde vom *Jewish Labour Movement*, dem *Board of Deputies of British Jews*, dem *Community Security Trust* und der *Campaign Against Antisemitism* dazu gedrängt, alle Beispiele wortwörtlich zu übernehmen. Nicht alle Beispiele genau so zu übernehmen käme einer Ablehnung der Definition gleich, wurde irreführend argumentiert.

Der nationale Exekutivausschuss der Labour-Partei gab nach und seine Änderungsanträge zu den verbleibenden zwei Beispielen auf.

In der orwellschen Welt der Labour-Partei nach der vollständigen Annahme waren viele der Mitglieder, die wegen des Vorwurfes des Antisemitismus suspendiert oder ausgeschlossen wurden, selbst Juden. Gegen mehrere jüdische Mitglieder der Labour Partei wurde seit 2016 ermittelt, fast alle aufgrund von Antisemitismusvorwürfen. Damit wurde der Anspruch von Keir Starmer zum Gespött, der den angeblich antisemitischen Jeremy Corbyn als Parteivorsitzender ablöste, die Labour- Partei zu einem sicheren Ort für Juden zu machen.

Unter dem neuen Regime ist die Labour-Partei sklavisch unterwürfig gegenüber der finsternen Definition. Ein örtlicher Zweig der Labour Partei versuchte kürzlich, einen Antrag einzureichen, der den jüngsten Bericht von *B'Tselem* über die israelische Apartheid unterstützte. Darin hieß es: „Dieser Zweig unterstützt die Forderung von *B'Tselem* nach einem Ende des Apartheidregimes, um ‚Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Gleichheit für alle Menschen, Palästinenser und Israelis gleichermaßen, zu gewährleisten, die auf dem Stück Land zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer leben.““ Auf der nationalen Ebene der Partei wurde der Antrag mit der Begründung abgelehnt, dass dies nach der Arbeitsdefinition der IHRA als Bezeichnung Israels als „rassistisches Unterfangen“ angesehen werden könnte.

Politisch gefährlich

In der Eile, ihre pro-zionistische Glaubwürdigkeit aufzupolieren, wandte sich die *Labour*-Partei gegen einige ihrer progressivsten jüdischen Mitglieder. Der altgediente israelisch-britische Antizionist, Moshe Machover, wurde ausgeschlossen und dann 2017 wieder aufgenommen, nachdem der *Guardian* einen Protestbrief veröffentlicht hatte, in dem die Unterstellung von Antisemitismus als „persönlich beleidigend und politisch gefährlich“ bezeichnet wurde und der von 139 Mitgliedern der *Labour*-Partei unterzeichnet worden war, darunter auch der bedeutende jüdische Anwalt Geoffrey Bindman.

Doch 2020 wurde er erneut ausgeschlossen. Er erhielt einen 20-seitigen Brief von Parteibürokraten, der eine Mixtur aus alten und neuen Antisemitismusvorwürfen enthielt, die Machover als „voller Lügen“ und Teil einer „stalinistischen Säuberung der Labour-Partei“ bezeichnete. Er überlegte, ob er zurücktreten und die Tür hinter sich zuschlagen sollte, entschied sich aber, den Parteinquisitoren eine Chance zur weiteren Blamage zu geben, indem sie ihn ausschließen.

Tatsächlich stellt sich die Frage, warum die britische Regierung dieses grundlegend fehlerhafte und zutiefst umstrittene Dokument angenommen hat. Die Regierung kann sich nicht in Selbstverteidigung darauf berufen, dass sie nicht vor den potenziell schädlichen Folgen der Annahme gewarnt worden sei.

Es lehnte sogar Forderungen des Innenausschusses des britischen Unterhauses ab, zwei „Klarstellungen“ in die IHRA-Definition und Beispiele einzufügen: erstens, um klarzustellen, dass es nicht antisemitisch ist, die Regierung Israels zu kritisieren, ohne zusätzliche Beweise, die eine antisemitische Absicht nahelegen und zweitens, um klarzustellen, dass „es nicht antisemitisch ist, die israelische Regierung mit den gleichen Maßstäben wie andere liberale Demokratien zu messen oder ein besonderes Interesse an der Politik oder den Handlungen der israelischen Regierung zu zeigen, ohne zusätzliche Beweise, die antisemitische Absichten nahelegen“.

Finanzierung gefährdet

Der deutlichste Hinweis darauf, dass die gegenwärtige konservative Regierung der IHRA-Definition als Mittel zur Einschränkung der Debatte und der freien Meinungsäußerung über Israel verschrieben ist, findet sich in einem Brief von Gavin Williamson, dem Staatssekretär für Bildung, an die stellvertretenden Rektoren der Universitäten. Der Brief, der im Oktober 2020 inmitten einer nationalen Krise des Bildungssektors aufgrund der Covid-19-Pandemie verschickt wurde, stellte fest, dass die Zahl der Universitäten, die die IHRA-Definition übernommen haben, weiterhin „beschämend niedrig“ ist. Die Universitäten, die dies ignorierten, würden ihre MitarbeiterInnen und StudentInnen im Stich lassen, vor allem ihre jüdischen Studenten.

Der Bildungsminister bestand darauf, dass diese Universitäten aufhören sollten die Sache zu verzögern und die IHRA-Definition formell unterstützen sollen. Er drohte damit, Universitäten, an denen es zu antisemitischen Vorfällen kommt und die die Definition nicht unterzeichnet haben, die Mittel zu streichen.

Der Brief von Williamson kam überhaupt nicht gut an. Er selbst wirkte autoritär, der Ton seines Schreibens war arrogant, herrisch und schroff. Besorgniserregender war jedoch der Inhalt. Er nahm keinen Bezug auf andere Formen von Bigotterie, wie Islamophobie, Homophobie oder Rassismus. Es ist nicht unbemerkt

geblieben, dass die konservative Regierung Antisemitismus hervorhob, aber eine äußerst entspannte Haltung gegenüber Islamophobie offenbart.

In dem Brief wird davon ausgegangen, dass Universitäten, die die IHRA-Definition nicht formell unterstützen, Antisemitismus nicht ernst nehmen, was bei überhaupt nicht der Fall ist. Es wird nicht berücksichtigt, dass die meisten Universitäten Regeln und Disziplinarverfahren zur Bekämpfung der meisten Formen von Diskriminierung und Rassismus haben, einschließlich Antisemitismus. Selbst wenn eine spezifische Definition von Antisemitismus erforderlich wäre, was fragwürdig ist, wurde kein Grund für die Bevorzugung der IHRA-Definition genannt. Vor allem wurde der Brief, bzw. das Ultimatum, als Bedrohung der Meinungsfreiheit gesehen, zu deren Einhaltung die Universitäten und das Bildungsministerium gesetzlich verpflichtet sind.

Ministerielles Direktiv

Einige englische Universitäten lehnten die IHRA-Definition offen und mutig ab, etwa ein Fünftel kapitulierte vor dem ministeriellen Diktat, indem es sich der Definition anschloss und die Mehrheit entschied sich dafür, sich nicht auf die eine oder andere Weise zu verpflichten.

Wir wiesen auch darauf hin, dass der Druck der Regierung auf die Hochschulen, eine Definition für nur eine Art von Rassismus anzunehmen, Menschen jüdischer Zugehörigkeit heraushebt, die einen größeren Schutz verdienen als andere, die heute gleiche oder schwerwiegendere Erscheinungsformen von Rassismus und Diskriminierung erleiden.

Meine eigene Universität hat folgendermaßen Farbe bekant: In ihrer Erklärung auf ihrer Website heißt es: „Die Universität Oxford möchte sicherstellen, dass alle Studenten, unabhängig von ihrem Hintergrund, eine umfassende Ausbildung erhalten. Um uns bei unserer Arbeit zu unterstützen, haben wir (in Anlehnung an die Position des *Office for Students*) die IHRA-Definition von Antisemitismus als Leitfaden für die Interpretation und das Verständnis von Antisemitismus übernommen, wobei wir die vom *Home Affairs Select Committee* empfohlenen Präzisierungen beachten.

„Die IHRA-Definition hat keinen Einfluss auf die gesetzliche Definition von Rassendiskriminierung und ändert daher nichts an unserem Ansatz, unsere gesetzlichen Pflichten und Verantwortlichkeiten zu erfüllen.“ Mit anderen Worten, wird Oxford die Definition zur intellektuellen Erhellung beim Thema Antisemitismus heranziehen, jedoch nicht als Anleitung zum Handeln.

In einem Brief an den *Guardian*, der im November 2020 veröffentlicht wurde, drückte eine Gruppe von 122 palästinensischen und arabischen Akademikern, Journalisten und Intellektuellen ihre Bedenken über die IHRA-Definition aus. Palästinensische Stimmen werden in der Debatte über Antisemitismus und Israel-Palästina selten gehört. Darum ist es es wert, diesen Brief in einiger Ausführlichkeit zu zitieren, weil er ein

Licht auf die palästinensischen Wahrnehmungen und Positionen darauf wirft:

In den letzten Jahren wurde der Kampf gegen den Antisemitismus zunehmend von der israelischen Regierung und ihren Unterstützern instrumentalisiert, um die palästinensische Sache zu delegitimieren und die Verteidiger der palästinensischen Rechte zum Schweigen zu bringen. Vom notwendigen Kampf gegen den Antisemitismus abzulenken, um einer derartigen Agenda zu dienen, droht, diesen Kampf zu entwerten und ihn damit zu diskreditieren und zu schwächen.

Antisemitismus muss entlarvt und bekämpft werden. Unabhängig vom Vorwand sollte kein Ausdruck des Hasses auf Juden als Juden irgendwo auf der Welt toleriert werden. Antisemitismus äußert sich in pauschalen Verallgemeinerungen und Stereotypen über Juden, insbesondere was Macht und Geld angeht, sowie in Verschwörungstheorien und Holocaust-Leugnung. Wir halten den Kampf gegen solche Anschauungen für legitim und notwendig. Wir sind außerdem der Meinung, dass die Lehren aus dem Holocaust wie auch aus anderen Völkermorden der Neuzeit Teil der Erziehung neuer Generationen gegen alle Formen von Rassenvorurteilen und Rassenhass sein müssen. Der Kampf gegen den Antisemitismus muss jedoch auf eine prinzipienfesten Art und Weise angegangen werden, um nicht seinen Zweck zu verfehlen. Durch die „Beispiele“, die sie anführt, vermischt die IHRA-Definition das Judentum mit dem Zionismus, indem sie unterstellt, dass alle Juden Zionisten sind, und, dass der Staat Israel in seiner gegenwärtigen Realität die Selbstbestimmung aller Juden verkörpert.

Wir lehnen dies grundlegend ab. Der Kampf gegen den Antisemitismus darf nicht zu einem Instrument werden, um den Kampf gegen die Unterdrückung der Palästinenser, die Verweigerung ihrer Rechte und die anhaltende Besetzung ihres Landes zu delegitimieren.

Abschreckende Wirkung

Die *British Society for Middle Eastern Studies* (BRISMES), Großbritanniens führende akademische Organisation für das Studium des Nahen Ostens und Nordafrikas, gab eine Erklärung ab, in der sie ihre tiefe Besorgnis über den Druck äußerte, den die Regierung auf die Universitäten ausübt, die IHRA-Definition zu übernehmen.

In der Erklärung wurde verdeutlicht, dass Williamsons Intervention einen „Abschreckungseffekt“ auf die akademische Freiheit und den Bereich der Nahoststudien und darüber hinaus haben würde. Obwohl die Organisation Schritte zur Ausrottung von Antisemitismus und allen Formen von Rassismus auf dem Universitätsgelände begrüßte, kam sie zu dem Schluss, dass diese spezielle Definition einen nachteiligen Einfluss auf Forscher und Studenten haben würde.

Nachdem die Verwendung der IHRA-Definition in verschiedenen Kontexten in Großbritannien nachverfolgt wurde, kam sie zu dem Schluss, dass sie eingesetzt wird, „um mit dem falschen Vorwurf des Antisemitismus diejenigen zum Schweigen zu bringen und zu delegitimieren, die die Rechte der PalästinenserInnen unterstützen“. Die antirassistischen Arbeitsgruppen innerhalb der Universitäten, mit denen sie sich beraten hatte, sprachen sich alle vehement gegen die Übernahme der IHRA-Definition aus. Die Erklärung endete mit der Aufforderung an die Universitäten, „die akademische Freiheit zu schützen, ihre Autonomie gegen den Druck der Regierung zu verteidigen, die IHRA-Definition zu übernehmen, und die Definition zurückzuziehen“, wo sie angenommen wurde.

Ein weiterer Aufruf an die Universitäten, sich dem Versuch der Regierung zu widersetzen, die IHRA-Definition durchzusetzen, kam von einer unerwarteten Quelle: Britische AkademikerInnen, die auch israelische StaatsbürgerInnen sind. Ich gehöre zu dieser Gruppe, die sich durch die Empörung über Williamsons plumpe und grobschlächtige Einmischung zusammengefunden hat. Es war eine Überraschung festzustellen, dass wir so viele sind, aber was diese Art der Bedrohung angeht, waren wir alle auf der gleichen Seite, unabhängig von unseren unterschiedlichen akademischen Disziplinen, Alter, Status und politischen Zugehörigkeiten.

Angriff auf die Redefreiheit

Unsere Forderung hatte die Form eines langen Briefes, der in der letzten Woche des Januars an alle Vizekanzler der englischen Universitäten und viele akademische Senatsgremien geschickt wurde. Seitdem wurde unser Brief von einer beeindruckenden Liste von 110 israelischen AkademikerInnen außerhalb Großbritanniens unterzeichnet. Wir haben versucht, eine breitere Öffentlichkeit außerhalb der akademischen Welt zu erreichen, indem wir unseren Brief in den Mainstream-Medien veröffentlichen wollten. Unsere Anfrage wurde von nicht weniger als 12 nationalen Zeitungen und anderen Medien entweder abgelehnt oder ignoriert. Wir waren ziemlich überrascht und enttäuscht, dass keine einzige nationale Zeitung es für nötig hielt, unseren Brief zu veröffentlichen, oder über unsere Initiative zu berichten. Aber der Brief wurde schließlich von der jüdischen, linken Online-Zeitschrift *Vashti* veröffentlicht.

Die Litanei der Ablehnungen ist an sich schon ein Hinweis zum Unwillen der Mainstream-Medien, jüdischen Stimmen, die nicht mainstream sind, Raum zu geben.

In unserem Brief erklärten wir: „Der Kampf gegen Antisemitismus in all seinen Formen ist ein absolutes Muss. Doch das IHRA-Dokument ist von Natur aus fehlerhaft, und zwar in einer Weise, die diesen Kampf unterminiert. Darüber hinaus bedroht die IHRA-Definition die freie Meinungsäußerung und die akademische Freiheit und stellt einen Angriff sowohl auf das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung als auch auf den Kampf zur Demokratisierung Israels dar.“

Wir wiesen auch darauf hin, dass der Druck der Regierung auf die Hochschulen, eine Definition für nur eine Art von Rassismus anzunehmen, Menschen jüdischer Zugehörigkeit heraushebt, die einen größeren Schutz verdienen als andere, die heute gleiche oder schwerwiegendere Erscheinungsformen von Rassismus und Diskriminierung erleiden.

Schritt in die falsche Richtung

Wir haben starke Vorbehalte gegen einige der „Illustrationen“ des IHRA-Dokuments. Sicherlich, so argumentierten wir, sollte es legitim sein, nicht zuletzt in einer universitären Umgebung, darüber zu debattieren, ob Israel als selbsternannter jüdischer Staat „ein rassistisches Unterfangen“ oder eine „demokratische Nation“ ist. Wir fanden es erschreckend, dass das Dokument dazu benutzt wurde, den Kampf gegen Israels Besatzung und Enteignung als antisemitisch darzustellen. Wir argumentierten, dass kein Staat vor einer solch legitimen wissenschaftlichen Diskussion geschützt werden sollte, auch Israel nicht.

Weiterhin heißt es in unserem Brief: „Als israelische BürgerInnen, die in Großbritannien leben, viele von uns jüdischer Herkunft ... fordern wir, dass auch unsere Stimme gehört wird: Die IHRA-Definition ist ein Schritt

in die falsche Richtung. Sie hebt die Verfolgung von Juden hervor, sie beschränkt die freie Meinungsäußerung und die akademische Freiheit, sie beraubt die PalästinenserInnen einer legitimen Stimme im öffentlichen Raum Großbritanniens und schließlich hindert sie uns als israelische StaatsbürgerInnen daran, unser demokratisches Recht auszuüben, unsere Regierung zu hinterfragen“.

Abschließend schlossen wir uns der Forderung an, dass die britischen Universitäten in ihrem Bekenntnis zur akademischen Freiheit und Meinungsfreiheit standhaft bleiben. Wir forderten die britischen Universitäten auf, ihren Kampf gegen alle Formen von Rassismus, einschließlich Antisemitismus, fortzusetzen. Wir wiederholten, dass das fehlerhafte IHRA-Dokument diesen Zielen einen schlechten Dienst erweist.

Wir riefen daher alle akademischen Institutionen in England dazu auf, das Regierungsdiktat abzulehnen, oder wo es bereits angenommen wurde, es zu widerrufen. Eine Kopie unseres Briefes wurde an den Bildungsminister geschickt, doch bisher haben wir noch keine Antwort von ihm erhalten. Es scheint so als ob alle Proteste gegen seinen Brief an Herrn Williamson abperlen.

Der Fall Ken Loach

Eine kürzliche Begebenheit in Oxford hat die problematischen Auswirkungen, der Übernahme oder auch nur Halbübernahme der IHRA-Definition verdeutlicht. Ken Loach, mehrfach preisgekrönter britischer Filmmacher, lebenslanger Antirassist und sozialer Aktivist, wurde von seinem alten College in Oxford zu einer Diskussion eingeladen, die nichts mit Juden oder Israel zu tun hatte. Beworben wurde dies als gemeinsame Veranstaltung von *Torch*, dem *Oxford Research Centre in the Humanities* und dem *St Peter's College*.

Loach war eingeladen, zusammen mit Judith Buchanan, der Leiterin des St. Peter's College, die auch Professorin für Literatur und Film ist, über seine Karriere als Filmemacher zu sprechen. Die Veranstaltung war Teil eines breiteren geisteswissenschaftlichen Kulturprogramms der Universität, das die Debatte zwischen Künstlern und Akademikern fördert.

Was folgte, war eine gut orchestrierte Rufmordkampagne gegen einen Mann, der sich lebenslang für die Opfer von Unterdrückung und Diskriminierung einsetzt, einschließlich der PalästinenserInnen. Buchanan wurde mit Mitteilungen bombardiert, in denen sie aufgefordert wurde, die Veranstaltung abzusagen.

Die *Oxford University Jewish Society* erklärte, sie sei zutiefst enttäuscht von der Entscheidung, die Veranstaltung auszurichten, da „Loach bei zahlreichen Gelegenheiten Bemerkungen gemacht habe, die nach der IHRA-Definition, die kürzlich von der Universität Oxford angenommen worden war, antisemitisch sind“.

Die Präsidentin des *Board of Deputies of British Jews*, Marie van der Zyl, schrieb an Buchanan und bezeichnete die Entscheidung, Loach als Redner an ihr College einzuladen, als „völlig inakzeptabel“ und forderte die Absage der Veranstaltung. Sie fügte hinzu, dass der Vorstand in Kontakt mit jüdischen StudentInnen in Oxford gewesen sei, die „von ganzem Herzen deren Verurteilung der Veranstaltung unterstützt“. Die kategorische Schlussfolgerung war daher: „Diese Veranstaltung sollte nicht stattfinden.“

Kombinierter Druck

Die *Union of Jewish Students*, eine nationale Organisation, die rund 8.500 StudentInnen vertritt, erhöhte den Druck. „Erst letzten Sommer“, twitterte sie, „erklärte die Universität Oxford, dass sie sich verpflichtet

habe, systemischen Rassismus zu bekämpfen, wo immer er zu finden sei, einschließlich innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft“. Wir erkennen nicht, wie dieses Ereignis mit dieser Aussage in Einklang gebracht werden kann. Es ist ein Skandal, dass das St. Peter's College die Bedenken seiner jüdischen Studenten ignoriert hat, und wir fordern Judith Buchanan, die Leiterin des St. Peter's College, dringend auf, diesen Redner von der Veranstaltung zu entfernen. Die UJS bietet der *Jewish Society* Unterstützung an.“

Buchanan und *Torch* hielten dem kombinierten Druck aus allen jüdischen Kreisen stand, und die Veranstaltung lief wie geplant. Auch auf *youtube* wurde sie live übertragen. Moderiert wurde die Diskussion von Professor Wes Williams, dem Direktor von *Torch*. Meiner laienhaften Meinung nach war es ein wunderbares kulturelles Ereignis, ein Musterbeispiel seiner Art. Loach zeigte Ausschnitte aus seinen Filmen *The Wind that Shakes the Barley* (2006) über Irland im frühen 20. Jahrhundert und *I, Daniel Blake* (2016) über die Unmenschlichkeit des Sozialleistungssystems. In der Diskussion mit Buchanan sprach Loach eloquent und bewegend über seine Filme und die Sichtweise, von der sie geprägt sind. Israel und die Palästinenser kamen nicht zur Sprache. Nach dem *Webinar* verwies Buchanan auf die Kontroverse und betonte, dass weder das College noch die Universität an *No-Platforming* [keine Bühne bieten] glauben. In einer E-Mail entschuldigte sie sich jedoch bei den jüdischen StudentInnen für den „Schmerz“, den der Streit um die Veranstaltung verursacht habe.

Wiederholte Anschuldigungen

Am Tag nach der Veranstaltung, am 9. Februar, hielt die Studentenvereinigung des Wadham College eine Versammlung ab, die das St. Peter's College und Loach betraf. Es ist ungewöhnlich, dass die StudentInnen eines Colleges das Verhalten eines anderen Colleges kritisieren, aber die jüdischen StudentInnen in Wadham war die Angelegenheit offensichtlich sehr wichtig.

Der Antrag, der der Versammlung voranging, ging sehr detailliert auf Äußerungen ein, die Loach bei verschiedenen Gelegenheiten gemacht hatte, die als antisemitisch und Beteiligung an der Leugnung des Holocausts betrachtet wurden. Das Dokument erzeugte noch mehr Druck. Im Wesentlichen war es ein Wiederkäuen alter Behauptungen, die in der Vergangenheit bereits umfassend widerlegt worden waren. Der Antrag sollte Buchanan und das St. Peter's College formell dafür verurteilen, dass sie die Belange der jüdischen StudentInnen schlecht gehandhabt haben. Der Misstrauensantrag wurde mit 150 Ja-Stimmen, und 14 Nein-Stimmen, sowie vier Enthaltungen angenommen.

Loach sagte dem *Telegraph* gegenüber, der über die Kontroverse berichtete: „Diese wiederholten Anschuldigungen sind falsch und basieren auf beharrlicher Falschdarstellung und Verzerrung.“ Die Freunde des umkämpften Filmmachers verteidigten ihn. Einige waren Mitglieder der *Jewish Voice for Labour*, die Corbyn in der Vergangenheit gegen falsche Anschuldigungen des Antisemitismus verteidigt hatte.

Auf ihre Bitte hin schickte ich eine Erklärung, die bei der Versammlung der Studentenvereinigung am Wadham College verlesen werden sollte. Darin stand: „Ich bedauere den Angriff von Wadham College StudentInnen auf Ken Loach zutiefst. Er hat eine starke und konsequente Haltung in der Bekämpfung von Rassismus jeglicher Art, einschließlich Antisemitismus. Er ist ein Antizionist, aber keinesfalls ein Antisemit.“

Es wird ihm vorgeworfen, Kommentare gemacht zu haben, die nach der IHRA-Definition antisemitisch sind. Doch diese Definition ist völlig fehlerhaft. Ihr eigentlicher Zweck ist es, Antizionismus mit Antisemitismus zu

verquicken, um legitime Kritik an der israelischen Politik zu unterdrücken. Antisemitismus ist Feindseligkeit gegenüber Juden, weil sie Juden sind.“

„Unter dieser sachgerechten Definition ist Ken Loach völlig unschuldig. Er ist auch ein bewundernswerter Mensch, ein Verfechter sozialer Gerechtigkeit und ein herausragender Künstler. Der Angriff auf ihn untergräbt die Redefreiheit, und das ist in einer akademischen Einrichtung Fehl am Platz. Ich fordere die StudentInnen des Wadham College deshalb auf, ihre Verunglimpfung von Ken Loach einzustellen und ihm den Respekt zu erweisen, den er verdient.“

Verleumdung von Kritikern

Die Affäre um Loach demonstriert anschaulich, welchen Schaden das IHRA-Dokument der freien Meinungsäußerung auf dem Campus zufügen kann. Das Dokument wurde benutzt, um einen prominenten linken Kritiker Israels und Verteidiger der Rechte der PalästinenserInnen zu verleumden und zu versuchen, ihm eine Diskussionsplattform zu verweigern.

Der Versuch des *No-Platforming* scheiterte letztendlich, verursachte dem Künstler jedoch völlig ungerechtfertigte Probleme, brachte die Leiterin eines alten Colleges in eine extrem unangenehme Lage, schürte eine Menge Missstimmung auf beiden Seiten, verschwendete eine Menge Zeit und Energie, die besser hätte genutzt werden können, und, am schlimmsten von allem, war dies meiner Meinung nach völlig unnötig, ungerechtfertigt und unproduktiv. Es bewirkte lediglich die Stimmung um eine ideenreiche Kulturveranstaltung zu trüben.

Welche Lehren kann man aus dieser traurigen Episode in Bezug auf die IHRA-Antisemitismus-Definition ziehen? Zuerst muss betont werden, dass Antisemitismus keine Fiktion ist, wie einige Leute behaupten. Antisemitismus ist ein echtes Problem auf allen Ebenen unserer Gesellschaft, auch an den Universitäten und es muss energisch bekämpft werden, wo immer es sein hässliches Haupt erhebt.

Zweitens wäre es völlig falsch zu behaupten, dass jüdische StudentInnen, die gegen Antisemitismus protestieren, ihr Gefühl der Betroffenheit erfinden oder übertreiben. Jüdische Studenten fühlen sich wirklich verwundbar und haben ein echtes Bedürfnis nach Schutz durch die Universitätsbehörden vor jeder Manifestation von Bigotterie, Einschüchterung oder Diskriminierung.

Rassismus bekämpfen

Die eigentliche Frage ist die: Bietet die IHRA-Definition diesen Schutz? Wenn die Loach-Affäre irgendetwas klar macht, kann man feststellen, dass sie das nicht tut.

Erstens basiert die Definition implizit auf jüdischem Exzeptionalismus, auf der Vorstellung, dass Juden ein Sonderfall sind und als solcher behandelt werden müssen. Dies behindert die Solidarität und Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, die ebenfalls Opfer rassistischer Vorurteile werden, wie z. B. AraberInnen und MuslimInnen. Um effektiv zu sein, muss der Kampf gegen Rassismus in der Breite stattfinden und nicht in isolierten Ecken.

Ein weiterer schwerwiegender Fehler der IHRA-Definition ist, dass, so viele ihrer Beispiele sich nicht auf Juden, sondern auf den Staat Israel beziehen. Es scheint, als ginge es mehr um den Schutz Israels, als um

den Schutz der Juden.

Es stimmt, dass Israel für viele jüdisch-britische Studentinnen ein wichtiger Bestandteil ihrer Identität ist. Es ist jedoch nicht hilfreich, Israel in der Analyse von Antisemitismus so prominent auftreten zu lassen. Israel ist ein kontrovers diskutierter Staat, dessen demokratische Institutionen ständig ausgehöhlt werden und dessen Unterdrückung der PalästinenserInnen immer mehr internationale Kritik auf sich zieht und zuletzt ein Urteil, das den Weg für eine Untersuchung von Kriegsverbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof ebnet. Trotz seiner Behauptung vertritt Israel nicht alle Juden weltweit, sondern nur seine eigenen Bürger, von denen ein Fünftel PalästinenserInnen sind.

Britische Juden sind nicht kollektiv verantwortlich für Israels Verhalten, aber die IHRA-Definition verwickelt sie in Israels Angelegenheiten und ermutigt sie, jeden ins Visier zu nehmen, den sie für einen Feind des jüdischen Staates betrachten.

Darüber hinaus ist es wichtig zu wiederholen, dass Kritik an Israel nicht automatisch antisemitisch ist. Die IHRA-Definition verwischt die Grenze zwischen berechtigter und unberechtigter Kritik. Sie schützt auch nicht speziell jüdische StudentInnen. Indem sie sie zu eng mit Israel verbindet, bewirkt sie genau das Gegenteil. Langfristig dient die Definition also nicht den Interessen der jüdischen StudentInnen.

Es ist keine Definition nötig

Es stellt sich also die Frage: Brauchen wir überhaupt eine Definition von Antisemitismus? Meiner Meinung nach brauchen wir keine. Schon der Begriff „antisemitisch“ ist problematisch, denn auch AraberInnen sind Semiten. Ich bevorzuge den Begriff „antijüdischer Rassismus“. Was wir brauchen, ist ein Verhaltenskodex, der alle Minderheitengruppen, einschließlich der Juden, vor Diskriminierung und Belästigung schützt und gleichzeitig die Redefreiheit für alle Mitglieder der Universitäten gewährleistet. Das universelle Recht auf freie Meinungsäußerung ist im britischen Recht bereits durch den *Human Rights Act* von 1998 verankert, der es Behörden verbietet, in einer Weise zu handeln, die mit diesem Recht unvereinbar ist. Einen besonderen Schutz für die Meinungsfreiheit an Universitäten bietet das Bildungsgesetz von 1986.

Wir brauchen also keine zusätzlichen Gesetze. Alles was wir brauchen ist gesunder Menschenverstand und Aufrichtigkeit bei der Anwendung der bestehenden Gesetzgebung. Wenn jemand Israel angreift, sollten wir nicht fragen, ob der Angriff antisemitisch ist oder nicht. Und wir sollten sicherlich nicht danach fragen müssen, ob ihre Aussage gegen eine der sieben israelbezogenen IHRA-Abbildungen dessen, was Antisemitismus sein könnte, verstößt.

Wir sollten lediglich fragen, ob das, was sie über Israel sagen, wahr oder falsch ist. Wenn der Vorwurf zutrifft, sollte er weiter untersucht werden, um festzustellen, ob das Motiv dahinter Feindseligkeit oder Vorurteile gegenüber Juden sind, und wenn dies der Fall ist, sollten entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Wenn der Vorwurf falsch ist, wäre es überflüssig, über die Motive dahinter zu spekulieren. Die Debatte, sowohl über antijüdischen Rassismus als auch über Israel, sollte auf Beweisen beruhen, nicht auf politischen oder sektenähnlichen Zugehörigkeiten.

Der wesentliche Punkt ist, dass die Universitäten im Vereinigten Königreich die Autonomie haben müssen, alle Aktivitäten auf ihrem Campus zu beaufsichtigen und zu regeln, entsprechend ihren eigenen Gegeben-

heiten, frei von externer Einmischung. Der Schutz der Meinungsfreiheit auf dem Hochschulgelände ist eine moralische Verpflichtung und eine rechtliche Pflicht.

Die IHRA-Definition steht in direktem Widerspruch zu dieser Pflicht. Ich bin altmodisch genug, um mich für die Idee zu erwärmen, dass eine Universität ein Haufen von Büchern und eine Gemeinschaft von Gelehrten ist. In meiner Art von Universität gibt es keinen Platz für Autokraten im Kolonialstil wie Williamson und Seinesgleichen.

Die in diesem Artikel geäußerten Ansichten sind die des Autors und spiegeln nicht unbedingt die redaktionelle Politik von Middle East Eye wider.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://www.middleeasteye.net/big-story/uk-palestine-israel-policy-balfour-johnson-anitsemitism-colonialism>

- (1) <https://www.jstor.org/stable/10.1525/jps.2015.44.2.28?seq=1>
- (2) <https://www.middleeasteye.net/news/palestine-nakba-farmers-abandoned-harvest-refugees>
- (3) <https://www.holocaustremembrance.com/resources/working-definitions-charters/working-definition-antisemitism>
- (4) https://www.btselem.org/publications/fulltext/202101_this_is_apartheid

Im Originalartikel gibt es mehrere andere Links.